

# Zu Islamkritik und anti-muslimischem Rassismus - Drei Vorschläge für die Linkspartei

Thema.Li, Januar 2017  
Themengruppe in der Emanzipatorischen Linken Berlin

Anti-muslimischer Rassismus ist in den letzten Jahren das Zugpferd der Rechten geworden. Mit dem wieder erstarkenden Nationalismus in Europa und den jüngeren Debatten um Willkommenskultur, islamistischen Terrorismus, eine Begrenzung der Zuwanderung und den Umgang mit Geflüchteten im Alltag kristallisiert sich immer wieder ein Querschnittsthema heraus: Welche Rolle spielt der Islam? – Und in linken Debatten zunehmend: Kann Islamkritik links sein? Hier scheiden sich die Geister. Die einen sehen den Islam als Ursache für den Islamismus und stellen heraus, wie autoritär, frauenfeindlich und antisemitisch der Islam sein kann. Sie sagen, Islamkritik muss von links besetzt werden, oder sogar, es gäbe gar keine rechte Islamkritik<sup>1</sup>. Die anderen fokussieren vor allem den anti-muslimischen Rassismus und sehen auch Islamkritik von linker Seite als Teil dieses Ressentiments<sup>2</sup>. Tatsächlich ist die Sachlage komplex. Sich gegenseitig Zuhören und Abwägen kann den Kampf gegen anti-muslimischen Rassismus mit dem Kampf gegen Islamismus verbinden und neue Perspektiven für linke Politik eröffnen.

## Drei herrschaftskritische Strategien zusammengefasst

Gegen anti-muslimischen Rassismus!

DieLinke muss sich auch weiterhin klar gegen den weit verbreiteten *anti-muslimischen Rassismus* stellen, also auch gegen die Stigmatisierung von Muslimen als bspw. durchweg frauenfeindlich, ohne dabei den Kampf gegen Sexismus und Patriarchat zu vernachlässigen. Islamkritik ist zwar nicht zwingend, aber derzeit faktisch in vielen Fällen mit der Ablehnung des Islam insgesamt verbunden. Deshalb spielt auch die atheistisch motivierte Ablehnung des Islam leider häufig der Ausgrenzung von Minderheiten in die Hände und ist für eine linke Massenpartei mittelfristig keine sinnvolle Option. Ob als parlamentarische Opposition oder in Regierungsverantwortung: DieLinke muss sich schließlich auch für den Schutz der in den Grundrechten verankerten Glaubens- und Gewissensfreiheit verantwortlich fühlen, soweit diese in Einklang mit der Entfaltung der übrigen Grundrechte steht.

Gegen Islamismus!

DieLinke kann und muss sich klar und konsequent *gegen Islamismus* und dessen Vertreter\_innen stellen, also gegen autoritäre, demokratiefeindliche, chauvinistisch-patriarchale und antisemitische Herrschaftsprojekte unter dem Banner des Islam. Praktisch steht hier eine Prüfung der Zusammenarbeit mit einigen fragwürdigen Islamverbänden in Deutschland an, die anscheinend nicht mit offenen Karten spielen, was ihre politischen Ziele und Ideologien betrifft. Bei der Suche nach muslimischen Bündnispartnern sollte DieLinke die Kritik an Verbänden wie DITIB, Zentralrat der Muslime und Islamrat stärker berücksichtigen und den Gesprächsangeboten der Säkularen und Liberalen Muslime mehr Beachtung schenken.

<sup>1</sup> <https://www.antifainfoblatt.de/artikel/%E2%80%9Ees-gibt-keine-rechte-islamkritik%E2%80%9C>

<sup>2</sup> <http://www.taz.de/!5322474/>

## Für Säkularisierung!

Die Frage nach dem Umgang mit dem Islam sollte enger mit der allgemeinen Haltung der Linkspartei zu Religion und religiösen Organisationen verknüpft werden. Eine Intensivierung der Debatte um eine weiterführende *Säkularisierung* Deutschlands scheint mit Blick auf die krassen finanziellen und arbeitsrechtlichen Privilegien der Landeskirchen dringend notwendig. Die gleichzeitige Säkularisierung christlicher wie islamischer Institutionen kann für das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft wichtige Weichen stellen. Es darf davon ausgegangen werden, dass viele unserer kirchlichen Bündnispartner\_innen im Kampf gegen Rassismus auch einer Säkularisierung positiv gegenüberstehen. Die Entwicklung einer gemeinsamen Strategie der jeweiligen Bundesarbeitsgemeinschaften von Linkspartei, Grüne und SPD liegt nahe.

## Erläuterungen

### Gegen anti-muslimischen Rassismus!

Der Islam ist in Deutschland mit dem Aufkommen von PEGIDA und ihren Ablegern zum wichtigsten Feindbild der Rechten geworden, und mit dem Islam vor allem auch Menschen islamischen Glaubens. Anti-muslimischer Rassismus hat spezifische Ausdrucksformen, die jedoch um die typischen Merkmale von Rassismus rotieren: Feindschaftliche Konstruktion von Menschengruppen (Essenzialisierung durch Homogenisierung von Gruppen, Polarisierung von Konflikten, Naturalisierung sozialer Verhältnisse), sowie die Legitimation von Privilegien<sup>3</sup>. Der rechte Diskurs hat sich in den letzten Jahrzehnten weiterentwickelt, von plumpen „Ausländer raus“ der 1990er, hin zu viel konkreteren Feindbildern, wie etwa den ‚integrationsunwilligen Muslimen‘, welche die Scharia in Deutschland einführen wollen, oder gar ‚Frauen-belästigenden muslimischen Nordafrikanern‘. Ereignisse, wie aktuell in den zwei vergangenen Kölner Sylvesternächten, werden aufgegriffen, und zu pauschalen Stigmatisierung von Menschengruppen und der Rechtfertigung rassistischer Politik genutzt. Auch wenn die Sorge um eine Zunahme an Frauenfeindlichkeit, um freiheitliche Grundrechte, oder um Probleme in der Integration von Zugewanderten und Geflüchteten im Fall rechter Polemik offensichtlich vorgeschoben sind, ergeben sich dadurch dennoch inhaltliche Brücken zu linken Argumentationen. Ein so verpackter anti-muslimischer Rassismus wird häufig erst im Kontext politischer Aktivitäten und Verbindungen, sowie durch konsequentes nach haken in der Diskussion deutlich erkennbar. Die Linke gelangte im Zuge rechter ‚Islamkritik‘ in die Defensive in der Frage des Umgangs mit dem Islam. Die rechte Hegemonie in diesem Thema verdeutlicht sich in immer ausgefeilteren Positionen der AfD<sup>4</sup>, oder durch die Dominanz von Kulturkampfdiskursen in deutschsprachigen Massenmedien<sup>5</sup>. Es braucht zunächst eine sachkundige Enttarnung des anti-muslimischen Rassismus und aktueller rechter Strategien<sup>6</sup>, aber auch eine Beschäftigung mit der Verflechtung von linker und rechter ‚Islamkritik‘, und schließlich, eine genuin linke Perspektive für den Umgang mit dem Islam und Islamismus, um diese Dominanz mittelfristig zu brechen.

<sup>3</sup> <https://www.journal-fuer-psychologie.de/index.php/jfp/article/view/258/297>

<sup>4</sup> <http://afd-thl.de/2016/06/15/hoecke-wir-wollen-eine-debatte-ueber-den-islam-erzwingen-und-wir-werden-sie-erzwingen/>

<sup>5</sup> z.B. etliche Print, Radio und TV Beiträge/Diskussionen in denen scheinbar sachlich über unsachliche Fragen wie „Wie Deutsch ist der Islam?“ oder „Gehört der Islam zu Deutschland?“ diskutiert wird.

<sup>6</sup> [http://www.mbr-berlin.de/rcms\\_repos/attach/2010-2011\\_Rechtspop\\_mbr-apabiz\\_2teAufl.pdf](http://www.mbr-berlin.de/rcms_repos/attach/2010-2011_Rechtspop_mbr-apabiz_2teAufl.pdf)

Die Entwicklung des anti-muslimischen Rassismus wird seit Jahren kritisch beobachtet und kommentiert<sup>7</sup>. Sie zeigt eine klare Tendenz in rechten Strategien, neben rechtsradikalen Blut und Boden Denkmustern und rechts-konservativen Bezügen zu deutscher Leitkultur, auch die freiheitliche Grundordnung, Demokratie und sogar Frauenrechte gegen den Islam verteidigen zu wollen. Neben den traditionell kontrafaktischen Verunglimpfungen, welche die Diskussion an der rechten Basis bestimmen, bemühen sich insbesondere führende Islamkritiker\_innen aus der AfD um Anschlussfähigkeit ihrer Positionen über das offene rechte Spektrum hinaus<sup>8</sup>. Dabei nutzen sie zunehmend wissenschaftlich sattelfeste Argumentationen, lösen sie jedoch aus dem Kontext neutraler Studien, und liberaler bis linker Argumente, und vermengen diese mit den üblichen Floskeln der ‚Rettung des Abendlandes‘ und ‚unserer Heimat‘<sup>9</sup>. Der derzeitige Rückenwind des Rechtspopulismus basiert unter anderem auf der rechten Hegemonie im Islamdiskurs. Ein Bruch desselben ist deshalb von enormer Bedeutung für die Linke.

Eine wichtiger Schnittpunkt von mancher rechter, liberaler und linker Islamkritik ist die Behauptung, Islam und Islamismus seien nicht voneinander zu trennen, und deshalb sei dieser, anders als etwa das Christentum, nicht mit einer freiheitlichen Grundordnung vereinbar<sup>10</sup>. Hieraus wird manchmal sogar geschlossen, dass jede Muslima und jeder Muslim eine potentielle Islamist\_in sei oder ohne weiteres werden könnte – mit allem was dazu gehört<sup>11</sup>. Fakt ist: Das invasorische Potential des Islam ist geschichtlich belegt, wie auch das des Christentums. Ein friedliches und säkulares Potential ist aber ebenso zu erkennen. Und das ist politisch und sozial enorm wichtig, wenn es darum geht, Brücken zu bauen und dabei eine linke, emanzipatorische Politik zu verfolgen. Es braucht die Anerkennung des „Barmherzigen Islam“ durch Nicht-Muslime, ohne dabei den Blick für die Probleme zu verlieren. Es muss nur klar sein, dass Rechtskonservative und Nazis die Probleme des Islam maximal für ihre Zwecke instrumentalisieren. Sie grenzen Muslime aus, und rufen auf zu Diskriminierung und Verfolgung, um sich mit diesem Feindbild eine politische Gefolgschaft aufzubauen. Für die Linke wiederum führt kein Weg am Schutz von Muslimen vor Diskriminierung und rechter Gewalt vorbei. Dass geht eben nicht, ohne sie in ihrem Glauben zu akzeptieren. Die Konsequenz der Ablehnung des Islam insgesamt heißt offene Feindschaft – für die das Wort *Islamkritik* in vielen Fällen faktisch steht – und schließlich ist es genau diese offene Feindschaft, welche Rechtspopulist\_innen und radikale Islamist\_innen anstreben, weil die Zuspitzung des Konflikts ihnen Zulauf verschafft<sup>12</sup>.

Religionskritik und Politik werden auch von Ex-Muslimen mit voller Absicht untrennbar verbunden, mit der Begründung, das Religion und Politik im Islam auch nicht zu trennen zu seien<sup>13</sup> – offensichtlich eine selbst-erfüllende Prophezeiung, die aber nicht alternativlos ist. Der Islam prägt zwar die Gesetze, das politische System und den Alltag in einer Vielzahl von Ländern, und steht dabei in vielerlei Hinsicht auch Menschenrechten und Entfaltung des Individuums entgegen. Dass es keinen besseren Islam im Hinblick auf Scharia und Frauenfeindlichkeit gäbe, ist jedoch falsch. Bei voller Anerkennung der Problemlage: Die Deutung zentraler Elemente islamischer Lehre und Praxis sind unter Muslimen durchaus umstritten<sup>14</sup>. Ein großer Teil der Muslime – auch in

---

<sup>7</sup> Siehe Fussnote 3

<sup>8</sup> <http://www.n-tv.de/politik/Muessen-drastische-Massnahmen-ergreifen-article17545301.html>

<sup>9</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=aNKId8EoD-g>

<sup>10</sup> <http://jungle-world.com/artikel/2016/43/55072.html>

<sup>11</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=4IUwp9MxS9w>

<sup>12</sup> <http://www.vorwaerts.de/artikel/rechtspopulisten-islamisten-zwillinge>

<sup>13</sup> <https://www.welt.de/politik/deutschland/article157872373/Hoere-ich-Allahu-Akbar-bekomme-ich-eine-solche-Wut.html>

<sup>14</sup> <https://www.igfm.de/themen/scharia/islamische-menschenrechtserklaerungen/einwaende-gegen->

Deutschland – verfolgt eben nicht das Ziel, die Scharia über geltende Gesetze zu stellen, und ist freiheitlichen Grundwerten eng verbunden, in vielen Fragen sogar eine deutliche Mehrheit<sup>15</sup>. Einige muslimische Gemeinden sind seit 2010 in einem liberal-islamischen Bund organisiert. Aleviten lehnen bereits seit Jahrhunderten die Scharia ab. Liberale Muslimische Gemeinde gibt es in Deutschland bereits in Städten<sup>16</sup>. In letzteren spielt die Achtung von Frauenrechten eine große Rolle, soweit, dass Imaminnen in diesen predigen.

Gegen eine Gleichsetzung von Islam und Islamismus sprechen auch historische Gründe: Im Mittelpunkt der Erklärungen für die anti-emanzipatorischen Entwicklung des Islam in den vergangenen 200 Jahren stehen (prä- und post-)koloniale Konflikte, Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges, Hotspots des Kalten Krieges und eine gezielte ökonomische und militärische Unterstützung islamischer Fanatiker, zuerst durch die deutschen Nazis, später dann durch westliche Geheimdienste<sup>17</sup>. Das heißt also: Die politische Gefahr geht historisch betrachtet nicht so sehr vom Koran aus, als von konkreten Herrschaftsprojekten - von Gruppen, die den Koran in einer bestimmten Weise und zu bestimmten Zwecken auslegen und nutzen. Aus praktisch-politischer Sicht lassen sich menschenrechtsorientierte Formen des Islam gut unterscheiden von den politischen Projekten des saudischen oder iranischen Regimes oder dem antisemitischen und frauenfeindlichen Reformprojekt der Muslimbruderschaft<sup>18</sup> – wenn das gewollt ist. Eine theologisch begründete Betonung der Gemeinsamkeiten von Islam und Islamismus ist einer der politisch notwendigen Unterscheidung jedoch abträglich.

Die Gewährleistung der Glaubens- und Gewissensfreiheit spielt keine Nebenrolle im Umgang mit dem Islam. Sie ist untrennbar verknüpft mit dem Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, freie Meinungsäußerung usw.. Ein Bezug dazu ist auch für die Linkspartei von zentraler Bedeutung. Sie kann dies aber, viel plausibler als die Rechte, mit authentischen emanzipatorischen Grundsätzen begründen, sofern Sie sich denn dazu auch konsequent bekennt<sup>19</sup>. Die Strategien des anti-muslimischen Rassismus zu enttarnen ist manchmal nicht einfach, aber immer möglich und notwendig für die öffentliche Auseinandersetzung der Linkspartei mit AfD und PEGIDA. Den Versuch, pauschale Islamkritik von links zu besetzen kann DieLinke mit ruhigem Gewissen abweisen, da die derzeitige Situation vor allem eine Differenzierung zwischen einem säkularen/liberalem Islam und Islamismus erfordert. Denn auf dieser Grundlage kann und muss DieLinke einen theoretischen wie praktischen Schulterschluss mit eben diesen säkularen und liberalen Muslimen vollziehen – einen Schritt, den auch um Sachlichkeit bemühte AfD Mitglieder und Anhänger\_innen kaum gehen werden.

### Gegen Islamismus!

Um den Islam als vielseitige Religion von Islamismus zu unterscheiden, muss vor allem letzterer definiert werden: „Islamismus ist eine Sammelbezeichnung für alle politischen Auffassungen und Handlungen, die im Namen des Islam die Errichtung einer allein religiös legitimierten Gesellschafts- und Staatsordnung anstreben.“<sup>20</sup> Islamismus steht

---

scharia/#c6146

<sup>15</sup> <https://www.welt.de/politik/deutschland/article156269271/Islam-Gebote-stehen-ueber-dem-Gesetz-findet-fast-die-Haelfte.html>

<sup>16</sup> <http://www.liberales-muslimen-deutschland.de/>

<sup>17</sup> <https://www.bpb.de/izpb/24930/politischer-islam-im-20-jahrhundert> ...

<http://www.matthiaskuentzel.de/contents/die-nazis-und-der-islamismus-in-palaestina> ...

<http://www.bpb.de/apuz/27099/islamismus-und-grossmachtpolitik-in-afghanistan?p=all>

<sup>18</sup> Sineb el Masrar: Emanzipation im Islam – Eine Abrechnung mit ihren Feinden. 2016

<sup>19</sup> <http://www.tagesspiegel.de/politik/nach-kritik-an-merkel-die-linke-ruegt-sahra-wagenknecht/19227786.html>

<sup>20</sup> <https://www.bpb.de/politik/extremismus/islamismus/36339/islamismus-was-ist-das-ueberhaupt>

damit auch den Vorstellungen jener Muslime gegenüber, die den Islam friedlich, frei von Feindbildern und als individuellen Glauben und Leitfaden für den Alltag verstehen. Der Wunsch der Islamist\_innen, die Gesellschaft nach religiösen Vorgaben zu strukturieren, führt in praktischer Konsequenz zu autoritärem, demokratiefeindlichem Denken und Handeln – und ist wie geschaffen für die Verbindung mit konkreten, ideologisch begründeten Herrschaftsprojekten. Es ist daher kein Zufall, dass in dem breiten Spektrum des Islamismus vor allem territoriale Konflikte, aber auch das Patriarchat und der Antisemitismus eine zentrale Rolle spielen. Es gibt sowohl islamistische Regimes, etwa die sunnitisch-wahhabistische Monarchie in Saudi Arabien und das schiitische Regime in Iran, die seit langem miteinander verfeindet sind, als auch islamistische Oppositionskräfte, wie die weit verbreiteten Muslimbrüder. Während der schiitische Islamismus und die Muslimbrüder nach innen etwas egalitärer erscheinen, legitimiert der saudische Wahhabismus auch extreme Ausbeutung mittelsozialer Bevölkerungsschichten. Die unterschiedlichen islamistischen Ausrichtungen streiten zwar um die alleinige Gültigkeit ihrer Islamdeutung, Einigkeit besteht aber in der Unterdrückung der Frauen und in der Feindschaft gegenüber Juden und dem Westen. Hinzu kommen diverse extremistische Gruppen, von denen der IS durch die Eroberung größerer Regionen im Irak und Syrien wohl mittlerweile die bekannteste sein dürfte. Besonders einflussreich in Deutschland ist der finanzstarke saudische Wahhabismus, der die mitgliederstarken salafistischen Männergruppen mit simplen Ideen und umfangreichen Ressourcen fördert. Aber auch die Lehren der mit den Wahhabiten konkurrierenden Muslimbrüder sind enorm verbreitet. Deren Erfolg beruht vor allem auf der Disziplin und dem sozialen Engagement seiner Mitglieder. Den Muslimbrüdern gelingt es zudem geschickt intellektuelle Männer und Frauen in die Bildung von islamistischen Eliten einzubinden, die nicht selten versuchen ihre langfristigen Ziele zu verbergen<sup>21</sup>.

Manche konkrete Aspekte, die von Verfechter\_innen einer linken Islamkritik vorgebracht werden, sind deshalb sehr wichtig für eine emanzipatorische Ausrichtung der Linkspartei. Antisemitismus, Frauen- und Schwulenfeindlichkeit häufen sich statistisch bei Muslimen in Deutschland. Das muss im Kampf gegen diese Einstellungen Berücksichtigung finden<sup>22</sup>, darf aber nicht zur Pauschalisierung missbraucht werden. Entscheidend für praktische linke Politik ist die Kritik, im speziellen der Ex-Muslime, an drei ressourcenstarken Islamverbänden in Deutschland: Dem Zentralrat der Muslime, DITIB und Islamrat. Mit Blick auf deren Entstehung und enge Anbindung an verschiedene islamistische Gruppierungen ist diese Kritik auf jeden Fall ernst zu nehmen.

- Der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) vertritt nur eine Minderheit der Muslime in Deutschland, betreibt aber die einflussreichen Webportale Zentralrat.de und Islam.de. In deren erster Reihe steht ein sich teils säkular, teils gemäßigt islamistisch positionierender Vorsitzender<sup>23</sup>, der 2016 auf dem Magedeburger Parteitag der Linkspartei ein Grußwort sprechen durfte. Bei anderen Vorstandsmitgliedern ist jedoch ein erheblicher Einfluss der islamistischen Muslimbruderschaft<sup>24</sup> oder der rechtsextremen Grauen Wölfe<sup>25</sup> erkennbar.
- Die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religionen e.V. (DITIB), ist ein

<sup>21</sup> Siehe Fussnoten 7/8

<sup>22</sup> <http://www.kiga-berlin.org/index.php?page=ueber-uns>

<sup>23</sup> Gemeint ist die Rede von Ayman Mayzek, der zwar redegewand und säkularistisch spricht, sich aber nicht vom gemäßigten Islamismus distanziert:

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article12692090/Scharia-und-Demokratie-sind-vereinbar.html>

<sup>24</sup> [http://www.allgemeine-zeitung.de/politik/hessen/im-schatten-der-muslimbrueder\\_17372765.htm](http://www.allgemeine-zeitung.de/politik/hessen/im-schatten-der-muslimbrueder_17372765.htm)

<sup>25</sup> <http://zentralrat.de/27526> bzw.: [https://lfv.hessen.de/sites/lfv.hessen.de/files/content-downloads/Graue\\_Woelfe\\_Internet\\_0\\_0.pdf](https://lfv.hessen.de/sites/lfv.hessen.de/files/content-downloads/Graue_Woelfe_Internet_0_0.pdf)

Verein, der in erster Linie von der türkischen Religionsbehörde Diyanet finanzierte Imame an Moscheen in Deutschland vermittelt. Diyanet untersteht direkt den amtierenden türkischen Präsidenten Erdogan<sup>26</sup> und unterstützt seit einigen Jahren intensiv die Politik der immer offener islamistischen Regierungspartei AKP.

- Der Islamrat repräsentiert im wesentlichen die türkische Bewegung Millî Görüş (IGMG) in Deutschland, die Teil des internationalen Netzwerks der Muslimbrüder ist. Da sie in Opposition zu Erdogans AKP steht, hat sie einen eigenen Dachverband gegründet. Teile von Millî Görüş gehören auch zum Unterstützungsnetzwerk der radikal-islamistischen Hamas<sup>27</sup>. Ein lokaler Dachverband in Bremen mit vielen IGMG Gemeinden versucht sich an der Gründung eines Wohlfahrtsverbandes<sup>28</sup>.

Islamismus gibt es in unterschiedlichen Ausprägungen, jedoch immer mit einem positiven Bezug zur Scharia, dem islamischen Recht, das früher oder später auch die Rechtsordnung moderner Staaten gestalten soll. Wie dabei vorzugehen ist, wird von Islamist\_innen kontrovers diskutiert und gilt als wichtiges Unterscheidungsmerkmal zwischen Gemäßigten, Radikalen und Extremisten<sup>29</sup>. Auch wegen diesem positiven Bezug zur Scharia als institutionelle Ordnung sind die genannten Islamverbände kaum geeignet als Bündnispartner der Linkspartei. Sinnvoll wäre hingegen die Unterzeichner\_innen des Aufrufs der Säkularen Muslime<sup>30</sup>, oder Vertreter\_innen der Liberalen Muslime einzuladen.

Ein Grundproblem scheint: Nicht-muslime sehen viel zu oft einzelne Akteure als Vertreter\_innen aller Muslime und einzelne muslimische Akteure spielen sich in der Öffentlichkeit gerne als solche auf – hier trifft das Schablonendenken der Mehrheitsgesellschaft auf die politischen Interessen einzelner muslimischer Personen und Verbände. Dieses Denken in Schablonen ist nicht wenig an der Aufrechterhaltung des anti-muslimischen Rassismus beteiligt, welcher Muslime partout nicht als Individuen sehen will. Die Pauschalisierung nutzt ebenso den Islamverbänden, sowie der – verdeckt oder offen – islamistischen Prominenz in der multimedialen Öffentlichkeit, die als angebliche Vertreter\_innen der Muslime enorme Aufmerksamkeit erhalten<sup>31</sup>.

Statt Islamist\_innen zu hofieren, gilt es gerade für DieLinke, die säkularen und liberalen Muslime zu unterstützen. Dies bedeutet nicht, sich etwa in theologische Debatten einzumischen. Es reicht für Linke vollends, sachliche Kritik von Islamkritiker\_innen zur Kenntnis zu nehmen, insbesondere wenn sie in einer herrschaftskritischen Perspektive verankert ist, die auch weiße und christlich geprägte Mehrheitsgesellschaften kritisch im Blick hat<sup>32</sup>. Nicht-Muslime sollten sich aus der Diskussion über den wahren Islam heraus halten, können aber trotzdem mit säkularem Islam und liberalen Muslimen sympathisieren, diese besuchen, zu sich einladen, gemeinsam säkulare Politik machen. Falls Nicht-Muslime *dazu* nicht bereit sind, müssen sie sich ernsthaft fragen, ob sie nicht doch Vorurteile und reflexhafte Ängste gegenüber Muslimen haben – und, statt sie zu überwinden, diese lieber in pauschaler Islamkritik aus der Distanz verpacken.

---

<sup>26</sup> [http://www.deutschlandfunk.de/satzung-des-islamverbands-ditib-tuerkische-funktionaere.886.de.html?dram:article\\_id=375487](http://www.deutschlandfunk.de/satzung-des-islamverbands-ditib-tuerkische-funktionaere.886.de.html?dram:article_id=375487)

<sup>27</sup> <http://www.taz.de/!5138898/>

<sup>28</sup> <http://www.ndr.de/ndrkultur/sendungen/freitagsforum/Viele-Huerden-Der-Weg-zum-islamischen-Wohlfahrtsverband,freitagsforum316.html>

<sup>29</sup> <http://www.sicherheitspolitik-blog.de/2015/12/16/deutschland-als-feindesstaat%E2%80%B3-oder-land-des-sicherheitsvertrages/>

<sup>30</sup> <http://saekulare-muslime.org/freiburger-deklaration/>

<sup>31</sup> z.B. in unzählige Talkshows, in den Islamist\_innen zur Rolle des Islam befragt wurden

<sup>32</sup> Siehe Fussnote 7

## Für Säkularisierung!

Die Frage nach dem Umgang mit dem Islam könnte viel enger mit der allgemeinen Haltung der Linkspartei zu Religion und religiösen Organisationen verknüpft werden. Seit langem mahnen humanistische Verbände eine Wiederbelebung des seit über 200 Jahren stockenden Säkularisierungsprozesses in Deutschland an und schlagen für das Reformationsjahr 2017 eine Offensive vor<sup>33</sup>. Denn nach wie vor profitieren die Landeskirchen von der Finanzierung der Prediger, von diversen Zuschüssen zur Gebäudesanierung und vor allem von den speziellen Steuer- und Gebührenbefreiungen. Auf dieser Grundlage konnten die Kirchen, vor allem die Katholische, enorme Reichtümer anhäufen, in Form von Grundeigentum und Immobilien, aber auch in Fonds und versteckten Konten, wie einzelne Skandale es ans Licht brachten<sup>34</sup>. Auch viele Christ\_innen kritisieren dies. Säkularisierung richtet sich nicht gegen Gläubige, sondern gegen die Bevorteilung kirchlicher Organisationen und Unternehmen gegenüber den nicht-konfessionellen. Zum Beispiel dürfen nur die christlichen Wohlfahrtsverbände das Streikrecht und die Geltung der Tariflöhne außer Kraft setzen und haben ein Sonderrecht zur Diskriminierung nicht-christlicher Stellenbewerber\_innen<sup>35</sup>, obwohl z.B. Pflegeheime und Kindergärten keine rechtlich geschützten „Tendenzbetriebe“ sind. Warum setzt sich die Linkspartei nicht stärker für die Entlastung der öffentlichen Haushalte und für betroffene Arbeitnehmer\_innen ein?

Der abrupte Wechsel der Blickrichtung auf die christlichen Kirchen hat zwei Gründe:

- Ein Vorankommen in der Säkularisierung des Christentums ermöglicht eine Zusammenarbeit mit Muslimen auf Augenhöhe, die sich wiederum für eine Säkularisierung des Islam einsetzen – zwei Baustellen, ein Projekt. Im Rahmen einer breiten linken Säkularisierungsbewegung, könnten auch Muslime vermehrt eine politische und soziale Heimat finden.
- Die geplante Gründung von islamischen Wohlfahrtsverbänden liefert einen guten Anlass, sich mit den Privilegien der christlichen Wohlfahrtsverbände in Deutschland auseinanderzusetzen. Auch wenn aus Gründen der Gleichberechtigung die Zulassung eines islamischen Wohlfahrtsverbandes längst ansteht, sollte auch DieLinke ernste Zweifel daran hegen, ob ausgerechnet IGMG Gemeinden, Muslimbrüder oder ein von Erdoğan gesteuerter Verband dieses Privileg bekommen sollte<sup>36</sup>. Um die Muslime insgesamt nicht durch die vorläufige Verhinderung eines islamischen Wohlfahrtsverbandes vor den Kopf zu stoßen, könnte der längst überfällige Abbau der Privilegien von Caritas und Diakonie ein erstes politisches Signal Richtung Gleichberechtigung senden.

Die bereits vorhandenen Säkularismus-Arbeitsgemeinschaften in Linkspartei, Grüne und SPD könnten eine wichtige Rolle für das Anschieben der Säkularisierung spielen, sofern sie es schaffen, eine gemeinsame Agenda zu entwickeln. Verschiedene Bündnispartner\_innen der Zivilgesellschaft und aktivistischen Linken stünden bereit. Die drei Parteien haben die Chance, diese zu einem gemeinsamen Projekt mit klaren mittelfristigen Zielen zu verbünden. Gas gilt unabhängig davon, ob eine Rot-Rot-Grüne Bundesregierung angestrebt wird oder nicht. Eine Verständigung zu diesen Fragen ist

<sup>33</sup> <http://www.reformation2017.jetzt/>

<sup>34</sup> <http://carstenfrerk.de/wb/buecher/violettbuch-kirchenfinanzen.php>

<sup>35</sup> <http://www.ibka.org/files/StudieKurzfassung.pdf>

<sup>36</sup> Auch DITIB und ZMD zeigen sich interessiert: <http://www.deutsche-islam-konferenz.de/DIK/DE/Magazin/Lebenswelten/Wohlfahrtspflege/islamischer-wohlfahrtsverband-node.html>

allemal sinnvoller, als das Thema noch zu einem Streitfall vor der Bundestagswahl werden zu lassen. Es geht darum, den Islamdiskurs weder dem rechten Rand noch den Lobbyist\_innen der Islamverbände und Kirchen zu überlassen. *Säkularisierung* bietet darüber hinaus die Möglichkeit, das politische Feld mit einem eigenen Diskurs zu besetzen, statt immer nur zu reagieren. Sie ist ein ur-linkes Betätigungsfeld und wartet seit vielen Jahrzehnten auf ein Comeback. Vorhang auf!

Über uns:

---

Wir sind eine offene Diskussionsrunde im Rahmen der Ema.Li Berlin, um gemeinsame Analysen und Stellungnahmen zu erstellen. Nicht alle von uns sind dabei Mitglieder bei Ema.Li oder bei der Partei. Bei unseren Treffen wollen wir in entspannter Atmosphäre Texte diskutieren, Positionen und eigene Verschriftlichungen entwickeln, um damit in die Partei und über sie hinaus wirken. Die Themen die uns interessieren sind breit gefächert, so dass wir versuchen werden, uns zu unterschiedlichen Bereichen zu äußern. So können wir uns vorstellen mal etwas länger zu einem Thema zu arbeiten, um eine gut fundierte Position zu entwickeln oder auch kürzer, um eine knappe Stellungnahme aus emanzipatorischer Perspektive zu verfassen. Lokalpolitik kann hierbei genauso eine Rolle spielen, wie eine Politik, die auf größere Zusammenhänge gerichtet ist. Wir glauben daran, dass wir nicht darauf warten müssen, uns auf den Weg zu einer emanzipierten Gesellschaft zu begeben.

Über Menschen die innerhalb und außerhalb der Ema.Li zu unser Themen-Gruppe (Thema-Li) dazukommen möchten, freuen wir uns. Unsere Treffen finden jeden 4. Sonntagnachmittag im Monat statt. Soweit Arbeitsgruppen ihre Tätigkeit aufnehmen, treffen sich diese unabhängig von dem regelmäßigen Termin.

Kontakt: [themali.berlin@gmail.com](mailto:themali.berlin@gmail.com)